

Gastkolumne

Jetzt braucht es Mut und neue Gespräche mit der EU

Das EU-Rahmenabkommen, so wie es vorliegt, will in der Schweiz eigentlich niemand. Mit zwei Eingriffen könnte man es retten



Paul Widmer

Verhandlungen sind erst vorbei, wenn ein Vertrag unterschrieben ist. Lehrstück Brexit: Eins ums andere Mal erklärte die EU, es gebe keine Nachverhandlungen - und immer wieder gab es sie. Zuletzt kehrte Boris Johnson mit namhaften Konzessionen und 64 neuen Seiten aus Brüssel zurück.

Was bedeutet das für die Schweiz? Viel. Auch wir befinden uns mit der EU in einer Sackgasse. Im Grunde will niemand das institutionelle Rahmenabkommen (InstA). Aber einige haben resigniert. Sie meinen, wir kämen um den ausgehandelten Vertrag nicht herum. Doch dann könnten wir genauso gut der EU beitreten. Auf der Strecke bliebe das, was das Wesen der Schweiz ausmacht: die umfassende Mitbestimmung, unsere Demokratie mit ihrer hohen Legitimität.

Wer diesen Verlust nicht will, dem bleiben nur zwei Optionen: entweder den Entwurf zurückweisen oder echte Nachverhandlungen fordern. Was ist nachzuverhandeln? Einige Problembereiche wie Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie und staatliche Beihilfen wurden identifiziert. Doch das genügt nicht. Eine Lösung dieser Streitpunkte brächte nur eine temporäre Erleichterung.

Der Kern des Problems bliebe erhalten. Denn um weiterhin Zugang zum Binnenmarkt zu erhalten, muss sich die Schweiz

verpflichten, auch in Zukunft neues EU-Recht zu übernehmen. Das geht meistens gut, aber nicht immer. Die Knacknuss liegt im Streitfall. Kann man sich nicht einigen, entscheidet ein Schiedsgericht. Doch dieses muss den Fall dem Europäischen Gerichtshof vorlegen und ist an dessen Auslegung gebunden. Somit entscheidet letztlich ein Organ der andern Partei. Das soll ein unabhängiges Verfahren sein? Was hier konstruiert wurde, gleicht einer Zwickmühle im Mühlenspiel. Die EU setzt ihre Steine so, dass die Schweiz immer nachgeben muss, entweder im ersten Anlauf oder sonst auf dem Umweg über ein Pseudo-Schiedsgericht.

Mit zwei chirurgischen Eingriffen könnte man das Rahmenabkommen retten. Man müsste beim Opting-out-Verfahren und beim Schiedsgericht ansetzen. Und zwar so:

Erstens: Die Schweiz kann ausnahmsweise, wie im InstA vorgesehen, die Übernahme von EU-Recht ablehnen. Wer ausschert, muss, ebenfalls gemäss InstA, einen Preis bezahlen. Das ist recht und billig. Das InstA spricht von Ausgleichsmassnahmen. Der wunde Punkt ist die Ausgestaltung dieser Massnahmen. Sie können materieller Natur sein (etwa Gegenmassnahmen im Lohnschutz) oder verfahrensrechtlicher Natur (etwa die Suspendierung von Abkommen). Materielle Massnahmen sind in Ordnung, verfahrensrechtliche nicht. Wenn die EU zum Ausgleich Verträge suspendieren kann, verkommt das Opting-out zur Farce. Unter der Drohung von Vertragssuspendierungen ginge es in den Volksabstimmungen nicht mehr um Sachfragen (etwa die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut). Die Stimmbürger hätten nur noch die Wahl zwischen Absegnen oder Abbruch des bilatera-



Kann sein, dass die EU auf unsere Forderungen nicht eingeht. Sei's drum.

len Wegs. Daher müssen wir verlangen, dass, wie bei der Streitbeilegung in der WTO, nur materielle Ausgleichsmassnahmen zur Anwendung kommen. Logischerweise wäre auch die Guillotine mit ihrer Kette von Vertragsauflösungen zu streichen.

Zweitens: Die Anbindung des Schiedsgerichts an den Europäischen Gerichtshof muss gestrichen werden. Streitigkeiten sollen, wie im InstA vorgesehen, zuerst in einem gemeinsamen Ausschuss besprochen werden. Kann man sie nicht lösen, soll, auch wie im InstA vorgesehen, das gemeinsam eingesetzte Schiedsgericht entscheiden. Damit hat das Verfahren sein Bewenden. Die Auslegung durch das EU-Gericht entfällt.

Das sind, zugegeben, weitreichende Forderungen. Aber wir müssen endlich sagen, was für uns unerlässlich ist - und uns nicht ständig den Kopf darüber zerbrechen, was die andere Seite akzeptieren wird. Zugeständnisse kann man immer noch in letzter Minute machen.

Kann sein, dass die EU auf unsere Forderungen nicht eingeht. Sei's drum. Für diesen Fall sollte der Bundesrat bereits jetzt andere Optionen prüfen, etwa einen Plan B mit alternativen Lösungen wie bei der Börsen-äquivalenz oder eine Drittstaatenstrategie mit einem umfassenden Freihandelsvertrag. Denn entgegen der Schwarzmalerei von Economiesuisse und EU-Lobbyisten stehen wir nicht mit leeren Händen da. Die Bilateralen laufen weiter. Es bleibt Zeit, um eine bessere Lösung auszuhandeln. Und eines ist sicher: besser keinen Vertrag unterzeichnen als unsere Volksrechte für ein Linsengericht verscherbeln.

Paul Widmer war Diplomat und lehrte internationale Beziehungen an der Uni St. Gallen.

Medienkritik

Relevanz ohne Wärme lässt uns kalt



Stephan Klapproth

Im nächsten Leben werde ich Botaniker! «Medien sind keine Hors-sol-Tomaten», belehrte ich an dieser Stelle unlängst die SRF-Führung, und flugs beschloss diese nun, dass die Inland- und die Auslandsredaktion von Radio SRF ebenso wie das «Echo der Zeit» nicht wie geplant von Bern nach Zürich verpflanzt werden.

Ganz ohne Witz sei der Fernsehführung nebst einer Tomatenstaude ein Lorbeerkrantz gewunden dafür, dass sie der Leuchtturmsendung «Echo» nicht an die DNA geht. Um die Stirnfalte des Kritikers nicht ganz zu verlieren, schicke ich dem Lorbeer eine Knoblauchzehe hinterher. Vielleicht höre ich das Gras wachsen, aber mich machte eine Bemerkung stutzig, welche die «Echo der Zeit»-Moderatorin Nicoletta Cimmino jüngst im «Medienclub» über positive News machte.

Die Radiofrau signalisierte: Sie hätte wegen mangelnder Relevanz die positive Story aus der Schweizer Politik nie in ihrer Sendung platziert, mit welcher die NZZ kürzlich ihre Leserschaft erheiterte. Gefriergetrocknet zusammengefasst: CVP-Ständerat Konrad Graber versprach SP-Ständerat Christian Levrat, in einer Kommissionssitzung an seiner Stelle konsequent links zu stimmen, sobald der Sozi losfährt, um die Maturafeier seiner Tochter nicht zu verpassen. Und als SP-Levrat seine Autoschlüssel nicht fand, lieh ihm SVP-Bundespräsident Ueli Maurer seine Staatslimousine samt Fahrer aus und fuhr erst noch persönlich Levrats Wagen zurück.

Dass sie menschelt und wärmt, macht eine Story nicht irrelevant. Wie Politiker hinter den Kulissen miteinander umgehen, ist so erhellend wie ihre Redeschlachten vorne im Saal. Ich liebe das «Echo der Zeit», aber neben den brillanten Analysen hie und da ein Schuss mehr Leben wäre erspriesslich. Denn unter Pflanzenkennern: Der Lorbeer von heute ist der Kompost von morgen.

Stephan Klapproth ist Ex-Newsanchor, Uni-Dozent und Kongressmoderator.

49 Prozent

Ich Fussballturnier, du Kindergeburtstag



Patrick Imhasly

Das ist «das Familienmodell der Zukunft», frohlockte jüngst der «Tages-Anzeiger». Er hatte dafür eine simple Formel propagiert: 50/50. Hinter dem unscheinbaren Zahlenpaar verbirgt sich die idealtypische Vorstellung, dass Paare mit Kindern in ähnlich grossen Teilzeitpensen berufstätig sind und sich Hausarbeit sowie Kinderbetreuung gleichverantwortlich teilen. Es wäre eine gesellschaftliche Umwälzung revolutionären Charakters - wenn man bedenkt, dass heute lediglich 6,5 Prozent der Paare mit kleinen Kindern in der Schweiz dieses Modell auch wirklich leben.

Wenn die grossen Dinge auf dem Spiel stehen und eine Revolution im Anmarsch ist,

haben ganz viele Leute ganz viel Wichtiges zu sagen. Das Thema der modernen Rollenverteilung wird deshalb auf mindestens drei Ebenen diskutiert. Es sind dies, von oben nach unten: die soziologische, die statistische und die frontkämpferische Betrachtungsweise.

Die Soziologen gehen etwas verkopft an die Gemengelage heran. Das hat jüngst eine Studie gezeigt, an der Sachverständige der Universität Zürich massgeblich beteiligt waren. Sie haben festgestellt, dass die Mütter in den achtziger Jahren mit ihrem Leben weniger glücklich waren als kinderlose Frauen. Heute, mit der zunehmenden Freiheit, sich für oder gegen ein Kind zu entscheiden und Elternschaft zu gestalten, sei dieser *maternal happiness gap* verschwunden. Mit anderen Worten: Mütter sind neuerdings per definitionem glücklicher. Väter übrigens nicht, wie die Studie ebenfalls festgestellt hat - sie sind bestenfalls ähnlich zufrieden wie vor dreissig Jahren. Das dürfte aber eigentlich gar nicht sein, laut Theorie müssten die Väter heute unglücklicher sein, weil die grössere Beteiligung an der Haus- und Heimarbeit für einen

Menschen ganz grundsätzlich als belastend eingestuft wird.

Wem das alles zu kompliziert ist, der hört vielleicht besser auf die unbestechlichen Zahlenmenschen des Bundesamts für Statistik. Ihre Version der 50/50-Saga geht so: Laut der jüngsten Erhebung zu Familien und Generationen befürchten drei Viertel der Schweizerinnen mit höherer Bildung wegen der Geburt ihres ersten Kindes negative Konsequenzen für ihre Berufskarriere. Regelrecht bestürzend ist der Befund, wonach selbst im Jahre 2018 nicht nur jeder dritte Mann, sondern auch jede vierte Frau der Aussage zustimmt, ein Kind habe darunter zu leiden, wenn seine Mutter erwerbstätig sei. Glückliche Menschen tönen anders.

Damit sind wir an der Front angelangt. Hier muss sich das «Familienmodell der Zukunft» schon heute bewähren - in den eigenen vier Wänden. Es zeigt sich, dass viele Väter zwar nichts gegen Hausarbeit haben, aber leider weder im Aussortieren von Kinderkleidern noch im Streichen von Butterbroten ihre Erfüllung finden. Die Frauen ihrerseits fordern von den Männern, zu Hause mehr Aufgaben zu übernehmen.



Was tun? Vielleicht sollte man das 50/50-Modell überdenken.

Wenn diese das aber auf ihre Weise tun und die Kinder an einem Oktobermorgen im T-Shirt statt im Pullover in die Schule schicken, ist es auch wieder nicht recht. «Emanzipation macht nicht unbedingt glücklicher», hat der Genderforscher Martin Schröder einmal festgestellt.

Was tun? Vielleicht sollte man das 50/50-Modell überdenken. Das jedenfalls fordert die amerikanische Mediatorin Eve Rodsky in ihrem neuen Buch. Fairness im Haushalt bedeute nicht 50/50, sagt sie. Statt von den Männern das unerreichbare Ziel zu fordern, dass sie im Haushalt exakt gleich viel erledigen wie ihre Frauen, sollten sie lieber Dinge übernehmen, die ihnen liegen - diese aber in eigener Verantwortung tun. Hierzulande sind die meisten Mütter noch immer stärker mit dem Organisieren von Geschenken für die Kindergeburtstage beschäftigt, dafür stehen sich eher die Väter am Samstagmorgen auf dem Fussballplatz beim Juniorenturnier die Beine in den Bauch. Das ist doch - fair enough.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».